

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung April 2017

### TOP 1 (a+b)

- (a) Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE haben die öffentlich bekanntgewordenen Vorgänge hinsichtlich des Verdachts von Wahlfälschungen im Landkreis Stendal beziehungsweise in der Hansestadt Stendal eine konsequente und vollständige Aufklärung notwendig gemacht. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion die Einsetzung eines 16. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Koalition bringt einen Änderungsantrag ein, durch den unter anderem der Untersuchungszeitraum stärker eingeschränkt werden soll.
- (b) Die Bestätigung von Mitgliedern des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sowie deren Vertreter findet gemäß § 5 Abs. 1 Untersuchungsausschussgesetz durch den Landtag statt. Die Fraktionen des Landtags haben dazu jeweils Anträge mit ihren zu entsendenden Abgeordneten in den Landtag eingebracht.

### TOP 2 (a-c)

- (a) Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der unter dem Motto „Versöhnung fördern“ über die fortschreitende Aufarbeitung des DDR-Unrechts diskutiert werden soll. Parallel zur Aktuellen Debatte wird ein Antrag der Koalition beraten, durch den der Landtag einen Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR im Sinne des Stasi-Unterlagengesetzes einsetzen soll.
- (b) 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge werde die Zukunft der EU so kontrovers wie seit Langem nicht diskutiert, sagt die Fraktion DIE LINKE. Auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Sachsen-Anhalt hingen maßgeblich von der Ausgestaltung der EU ab. Die Aktuelle Debatte soll der Landesregierung und den Fraktionen im Landtag die Gelegenheit geben, ihre Positionen dazu darzulegen.
- (c) In einem 43-seitigen Prüfbericht vom 9. Februar 2017 werfe der Bundesrechnungshof der Bundesagentur für Arbeit schwere Versäumnisse bei der Gestaltung von Deutschkursen für Flüchtlinge vor, so die AfD-Fraktion. Um dies näher zu beleuchten hat sie eine Aktuelle Debatte unter dem Titel „Steuerverschwendung für ‚Multi-Kulti‘ um jeden Preis“ beantragt.

### TOP 3 (a+b)

- (a) Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff wird in der April-Sitzungsperiode des Landtags eine Regierungserklärung abgeben. Er hat sie unter den Titel „Sachsen-Anhalt: Große Geschichte, gute Zukunft – wie wir heute die Weichen für morgen stellen“ gestellt.
- (b) Im Anschluss an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten haben die Fraktionen die Möglichkeit, zu den Aussagen Haseloffs Stellung zu beziehen und eigene Impulse in die Debatte einzubringen.

### TOP 4

Die Fraktion DIE LINKE möchte das Grundsicherungsgesetz des Landes ändern. Es soll den Kommunen größere Spielräume bei der Gewährung von Leistungen bei Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gewähren.

#### Top 5

Unter dem Motto „Sachsen-Anhalt atmet auf – Nichtraucherchutz und Prävention verstärken“ soll auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesstelle für Suchtfragen gebeten werden, im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetzes ein Konzept für ein Anreiz-, Interventions- und Begleitsystem zum Nichtraucherchutz und Prävention für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Dabei sei darauf zu achten, dass zuständige Akteure der Zielgruppe identifiziert und vorhandene Strukturen genutzt werden.

#### TOP 6 (a+b)

(a) Um die Anbieter offener WLAN-Netze zu unterstützen, soll die Landesregierung auf Antrag der Koalitionsfraktionen gebeten werden, sich im Bundesrat für eine Änderung des Telemediengesetzes einzusetzen. Diese Änderung soll die Haftungs- und Rechtsrisiken für WLAN-Betreibende weiter senken und die Gesetze dazu eindeutiger fassen.

(b) Parallel beraten wird ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, der darauf drängt, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich für Zugangsanbieter, die ihren WLAN-Anschluss kostenlos und anonym zur Verfügung stellen, eine Klarstellung der Rechtslage erfolgt, indem für die Zugangsanbieter die Störerhaftung inklusive Unterlassungsanspruch ausgeschlossen werden. Der Landtag soll sich zudem gegen jede Art von Netzsperrern aussprechen.

#### TOP 7

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein modernes Mittelstandsförderungsgesetz zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen schaffen. Daher soll die Landesregierung gebeten werden, das Mittelstandsförderungsgesetz zu novellieren und einen Gesetzentwurf bis Ende 2017 vorzulegen. Wichtige Schwerpunkte der Novellierung sollen die Unterstützung der Investitions- und Innovationstätigkeit, die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft und die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs sein.

#### TOP 8

Mit einer Neufassung des § 130 StGB (Volksverhetzung) soll auf Antrag der AfD-Fraktion für die Zukunft geregelt werden, dass die Verwirklichung des Straftatbestandes der Volksverhetzung gegen das deutsche Volk und deutsche Staatsangehörige möglich sei. Im bisherigen Wortlaut des entsprechenden Paragraphen bleibe nämlich unklar, „ob auch deutsche Staatsangehörige oder das deutsche Volk von der Norm geschützt werden“.

#### TOP 9

Die Landesregierung legte im Januar 2017 den Entwurf eines Hoheitszeichengesetzes für Sachsen-Anhalt vor. Das Gesetz soll die Zusammenlegung von Landes- und Landesdienstflagge, die Schaffung einer einheitlichen Flagge für Sachsen-Anhalt und den Schutz des Landeswappens regeln. Der Ausschuss für Inneres und Sport hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des leicht geänderten Gesetzentwurfs vorsieht.

#### TOP 10

Die Landesregierung möchte das Gesetz zur Finanzierung von Investitionen des kommunalen Straßenbaus präzisieren und schlägt daher eine Änderung im Gesetzestext vor. Demnach dürften die Landkreise fortan als pauschalen Ausgleich für den Verwaltungsaufwand, der ihnen durch die Weiterleitung nach § 4 des Gesetzes entsteht, bis zu 2 v. H. den ihnen zufließenden Mittel vorweg abziehen.

#### TOP 11

Die Änderungen des Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages betreffen unter anderem den Rundfunkstaatsvertrag und den Deutschlandradio-Staatsvertrag. Hier werden unter anderem die Änderungen der Programmbezeichnungen in „Deutschlandfunk Kultur“ (bisher „Deutschlandradio Kultur“) und „Deutschlandfunk Nova“ (bisher „DRadio Wissen“) nachvollzogen. Zudem werden im Deutschlandradio-Staatsvertrag Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Staatsferne der Gremien des Deutschlandradios umgesetzt.

#### TOP 12

Die AfD-Fraktion möchte mittels Gesetz Teile der Landesverfassung ändern, nämlich den Zugang zu Behörden und Dienststellen des Landes. Die vorgeschlagene neue Regelung soll jedem einzelnen Abgeordneten ein Auskunftserteilungs-, Akteneinsichts- und Zugangsrecht zu den Behörden und Dienststellen des Landes gewähren. Nur so könne die Kontrollaufgabe des Parlaments durch seine Volksvertreter effektiv und effizient gewährleistet werden, so die AfD in ihrer Gesetzesbegründung.

#### TOP 13

Das Unterhaltsvorschussgesetz des Bundes soll mit Wirkung vom 1. Juli 2017 geändert werden. Daher bedarf es einiger Anpassungen im Landesrecht, um die anfallenden Kosten weiterhin gerecht auf Land und Kommunen zu verteilen. Dem will die Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nachkommen. Die Gelder, die dem Gesetz zufolge ausgegeben werden sollen, seien bereits im neuen Landeshaushalt berücksichtigt, so die Landesregierung.

#### TOP 14

Laut Fraktion DIE LINKE sind in Sachsen-Anhalt ein Großteil der Windparks bisher durch externe Projektierer und Investoren realisiert worden. Die eigentlichen Gewinne würden in andere Regionen abfließen. Die Landesregierung sollte deswegen ein „Siegel für faire Windenergie in Sachsen-Anhalt“ einzuführen. Einen entsprechenden Antrag brachte die Fraktion im September 2016 in den Landtag ein. Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

#### TOP 15

Laut AfD-Fraktion leidet Sachsen-Anhalt an einem Lehrermangel. Um diesem Problem zu begegnen, bringt sie einen Antrag ein, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, alle Lehrer, die in den letzten drei Jahren pensioniert wurden oder deren Pensionierung 2017 ansteht, gezielt anzusprechen und ihnen eine befristete Wiedereinstellung beziehungsweise die Verlängerung ihrer Dienstzeit auf Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung anzubieten.

#### TOP 16

Die AfD-Fraktion will eine Attraktivitätsoffensive Justizdienst starten und den Bereich der Justizwachtmeister aufwerten. Deshalb soll die Landesregierung aufgefordert werden, dem Landtag bis spätestens zur letzten Landtagssitzung 2017 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Landesbeamtengesetz und das Landesbesoldungsgesetz bezüglich diverser finanzieller Bezüge neu fasst.

#### TOP 17

Der Landtag soll auf Antrag der AfD die Planung des Neubaus von Windenergieanlagen umgehend stoppen, sich aber für die Genehmigung der aktuell laufenden Verfahren zur Errichtung von Windparks (vollumfänglich mit den im Helgoländer Papier beschriebenen

Abstandsempfehlungen) aussprechen. Überdies soll die Landesregierung aufgefordert werden, „sofort alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um mit dem Repowering und damit mit dem Abbau und Ersatz aller technisch veralteten Altanlagen umgehend zu beginnen“.

#### TOP 18

Ziel der 2008 eingeführten Abgeltungssteuer sei gewesen, Steuerehrlichkeit bei Einkünften aus Zinsen und Dividenden zu fördern und der Verlagerung von Vermögen ins Ausland entgegenzuwirken. Faktisch habe dies nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE aber zu einer Privilegierung von Kapitaleinkommen gegenüber Löhnen und anderen Einkunftsarten geführt. Daher soll sich die Landesregierung auf Antrag der Linken der Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg (Drs. 643/16) anschließen, die auf eine Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Rückkehr zur progressiven Besteuerung bei Kapitaleinkünften zielt.

#### TOP 19

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, die „Eliteschulen des Sports“ in Magdeburg und Halle (Saale) im Sinne des Beschlusses des Deutschen Olympischen Sportbundes und der Kultusministerkonferenz vom 27. April 2015 weiterzuentwickeln. In Abstimmung mit dem Landessportbund/Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt und den Schulträgern sollen dazu spätestens bis zum Schuljahr 2018/2019 entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

#### TOP 20

Zahlreiche Veterinärmediziner, Geflügelhalter und Sachverständige drängen laut Fraktion DIE LINKE schon seit Langem auf eine fachliche Überarbeitung beziehungsweise Neufassung der derzeit geltenden Geflügelpest-Verordnung. Aus diesem Grund soll die Landesregierung aufgefordert werden, die erforderlichen Vorkehrungen für eine ausnahmslos verhältnismäßige und konsequent risikoorientierte Anwendung der vorgesehenen Schutzmaßnahmen beim Auftreten von Geflügelpestverdachtsfällen in Sachsen-Anhalt zu treffen.

#### TOP 21

Die Deutsche Bahn AG (DB) plant bis 2025 umfangreiche Bauarbeiten am Bahnhof Köthen. Dazu soll es auch bis 2019 monatelange Vollsperrungen des Bahnhofs geben. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass der Bahnhof Köthen nicht voll gesperrt wird und weiterhin Anschlüsse im Fahrplan vorgesehen werden.

#### TOP 22

Durch die vorliegende Beschlussempfehlung soll der Landesregierung, dem Präsidenten des Landesrechnungshofes und der Landtagspräsidentin Entlastung bezüglich des Haushaltsjahrs 2014 erteilt werden. Zudem billigt der Landtag gemäß § 37 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt nachträglich die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsplanes 2014.

#### TOP 23

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im April die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

#### TOP 24

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, zu dem obengenannten Verfassungsgerichtsverfahren keine Stellungnahme abzugeben. Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, in dem Verfahren sein Einverständnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung zu erklären.